



Fragen des BBD an die OB Kandidaten

Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,

Seit nunmehr bald 3 Jahren ist das Bündnis der Bürgerinitiativen die Vertretung aller angeschlossenen Bürgerinitiativen, die sich dem Themen Umweltschutz, Mieterschutz, Denkmalschutz und verschiedenen spezifischen Projekten verschrieben haben. Zur anstehenden Oberbürgermeisterwahl in Darmstadt am 19.03.2023 haben wir einige Fragen an die Kandidaten. Diese haben die Relevanz herauszufinden, wie sich eine zukünftige Zusammenarbeit gestalten könnte.

Bitte beantworten Sie die untenstehenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen. Wir werden die Antworten dazu nach Einsendeschluss veröffentlichen.

Frage 1.

Werden Sie als Oberbürgermeister an der geplanten Verlegung der Cooperstraße und damit an der Abholzung von 8000qm Waldfläche festhalten oder für Alternativen, die von führenden Experten vorgeschlagen wurden offen sein?

SPD: keine Antwort

CDU: Die Planstraße und die Verlegung der Cooperstraße sind zwingende Voraussetzungen für die Entwicklung des Ludwigshöhviertels. Die Menschen in Darmstadt und insbesondere Familien benötigen Wohnraum. Ich halte daher den Bau der Straße für sinnvoll und unterstütze diese Maßnahme.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Die Verlegung der Cooperstraße hängt sowohl mit der neuen Straßenbahntrasse aus dem Ludwigshöhviertel sowie dem Bau der Planstr. zur neuen B3 zusammen. Hier ist, wie bei jeder baulichen Maßnahme, mit Umsicht und mit so wenig Eingriff in die Natur vorzugehen als irgend möglich. Wo dies nicht möglich ist, müssen entsprechende Ersatzmaßnahmen vorgesehen werden. Die Errichtung zweier neuer und großer Wohnquartiere braucht aber auch Zufahrts- und Abfahrtswege. Wenn es hierzu realistische Alternativen gibt, gilt es dies, wie immer und überall, zu prüfen.

Volt: keine Antwort

Linke: keine Antwort

Uffbasse: Auf welche Alternative von Experten beziehen Sie sich genau? Wir haben hier bei Uffbasse unterschiedliche Einschätzungen. Ein Teil von uns wird für die Verlegung stimmen, um einen guten Fuß/Rad/ÖPNV Verbund herzustellen. Ich selbst lehne die Verlegung ab. Sofern dies möglich ist, würde ich die Wendeschleife gerne in das Ludwigshöhviertel legen. Diese kleine Verlängerung der Straßenbahn bietet meines Erachtens keinen großen Mehrwert und rechtfertigt nicht die Abholzung der Bäume. Wir würden etwas Fläche im Ludwigshöhviertel verlieren, aber den Wald erhalten.

Die Partei: keine Antwort

WGD: keine Antwort

FREIE WÄHLER: Keine Verlegung der Cooperstr, keine Planstraße, zu viel Waldverlust, zu teuer, die Strecke kann besser und flexibler mit Bussen bedient werden.

Frage 2:

Werden Sie als OB an den Plänen der Planstraße zur Anbindung des Ludwigshöhviertels an die Karlsruher Straße festhalten und an die damit verbundenen Waldrodungen?

SPD:

CDU: wie 1.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Siehe (1). Die Alternative über die Noackstr. Erscheint mir durch die Verdichtung und die vielen Fußgängerquerungen nicht realistisch, ist aber ggf. nochmal zu prüfen.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Diese Planung lehnen ich als Oberbürgermeisterin als auch wir als Fraktion Uffbasse generell ab. Unserer Meinung nach beruht diese Planung auf einem veralteten Verkehrsgutachten und lässt sich nicht rechtfertigen.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Nein es gibt keine Planstraße, zu viel Waldverlust und durch die Anbindung an die Karlsruher wird dort der Verkehr nur unnötig abgebremst.

Frage 3:

Was werden Sie gegen die bevorstehende Lichtverschmutzung im Ludwigshöhviertel, nahe dem Naturschutzgebiet Bessunger Kiesgrube unternehmen?

SPD:

CDU: Die Beleuchtung ist entsprechend umweltverträglich zu planen. Mit moderner Lichttechnik kann dies ohne Schäden für die angrenzende Natur geschehen.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Wir als FDP uns insbesondere unsere Stadtverordnete Dr. Ursula Blaum haben uns vehement gegen die Lichtverschmutzung in DA eingesetzt und die Stadtregierung für das Thema überhaupt erst sensibilisiert. Die Lichtverschmutzung ist durch geeignete Lampen (Strahlwinkel, Helligkeit etc.) und techn. Möglichkeiten (Anschalten bei Vorbeifahrt/Vorbeigehen) so gering wie möglich zu halten. Dies gilt für ganz Darmstadt!

Volt:

Linke:

Uffbasse: In der ganzen Stadt, aber natürlich besonders in der Nähe von Wald- und Parkanlagen muss dafür gesorgt werden, dass aus allen Lampen das blaue Lichtspektrum entfernt wird. Ferner ist die Nutzung von Zeitschaltern, Bewegungsmeldern und eine Abschirmung der Straßenbeleuchtung zumindest zu prüfen.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Soweit als möglich reduzieren, unterlassen, wobei der Sicherheitsaspekt und Gesetzliche Vorgaben für die Bewohner berücksichtigt werden muss

Frage 4:

Werden Sie nach den ganzen Großbauprojekten dafür sorgen, dass wieder mehr Grünflächen und Parks angelegt werden?

SPD:

CDU: Die Schaffung von Grünflächen ist bei allen Projektgrößen wichtig. Der Klimawandel fordert bereits jetzt von uns, dass wir mehr offenes Wasser und Grün schaffen, damit wir unsere Stadt in Zukunft optimal auf sehr warme Sommer vorbereitet ist. Dies werde ich bei allen Projekten beachten.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Ich werde mich vehement für den Erhalt der bestehenden Grünflächen einsetzen. Wo Ausbau möglich ist, werde ich dies ebenfalls fördern.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Ja, unbedingt. Ob es sich aufgrund der kaum noch vorhandenen Freiflächen um einen ganzen Park handeln kann, vermag ich nicht einzuschätzen. Auf jeden Fall müssten auch kleinere Flächen wieder geöffnet werden, nicht nur um die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern, sondern auch als notwendiger Temperatenausgleich für die zukünftig heißer werdenden Sommer.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Wenn von der Fläche möglich, wichtiger ist die Begrünung der Plätze wie Karolinen, Luisen, Friedens, Staatstheatervorplatz, Schotterwege und Marktplatz soweit sich das auf den Parkhausoberflächen realisieren lässt, ggf. wäre bewegliche mobile Lösungen zu prüfen. Alle Springbrunnen werden soweit in Städtischer Zuständigkeit in Betrieb genommen, der entfernte Brunnen auf dem Karolinenplatz wird wieder hergestellt, Starkes Augenmerk auf die Gärten wie Akazien, Herren, Orangerie, Prinz-Emil, Bürgerpark und deren vorausschauender Pflege. Größere zusammenhängende Park/Grün/Wald/Flächen dürfen nicht bebaut werden.

Frage 5:

Wie stehen sie zur Bebauung im Bürgerpark (Bebauungsplan 8.4.4)?

SPD:

CDU: Diese Bebauung liegt nicht im Bürgerpark. Es handelt sich um ein aktuell eingezäuntes Privatgelände mit einer Wohneinheit. Die Entwicklung von insgesamt 74 Wohneinheiten ist wichtig für den Wohnungsmarkt in Darmstadt. Insbesondere Familien können hier ein zu Hause finden. Mit dem Baugebiet wird eine Lücke zwischen vorhandener Bebauung und dem Biergarten geschlossen. Ich werde das Projekt daher weiterhin unterstützen. Hinweis: Durch den Satzungsbeschluss des Stadtparlamentes besteht hier bereits Baurecht. Ein Oberbürgermeister kann dies nicht mehr umkehren.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Die verbleibenden Bauflächen in Darmstadt sind insgesamt begrenzt. Da, wo sinnvoll, wird oder soll geförderter Wohnbau betrieben (Messplatz, Marienplatz, ehem. Klinikgelände, Lincoln, Ludwigshöhviertel etc.) werden. Einzelne Reihenhausbauten sind aus meiner Sicht vertretbar. Es braucht auch Wohnraum für mittlere Einkommen!

Volt:

Linke:

Uffbasse: Ich lehne diese Pläne ab und wenn es sich anbieten würde, wäre das eine Fläche, die die Stadt zurückkaufen und der Öffentlichkeit als Parkfläche zur Verfügung stellen sollte.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Ist abzulehnen, Baugenehmigung auszusetzen/zurückzuziehen, Überprüfung des ohne Baugenehmigung erstellten 2 Meter hohen Zaunes, wenn möglich ist der sofort zu entfernen.

Frage 6:

Würden Sie als neuer OB das Gelände zurückkaufen, wenn sich die Gelegenheit ergibt?

SPD:

CDU: Nein. Siehe Antwort 5.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Die Stadt sollte Gelände nur dort auf Rückkauf prüfen, wo es ökonomisch, sozialpolitisch und/oder ökologisch geboten ist und ein entsprechendes Entwicklungskonzept vorliegt.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Ja, siehe Frage 5

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Kommt auf den Preis an, den Eigentümer im Gesetzlichen Rahmen zur Pflege und Erhalt zu verpflichten wäre zu prüfen.

Frage 7.

Wo sollte ihrer Meinung nach die neue Feuerwache Süd gebaut werden?

SPD:

CDU: Der Standort für die Wache Süd befindet sich aktuell in der Prüfung bzw. in Verhandlungen mit den Eigentümern möglicher Flächen. Eine genaue Aussage wäre daher unseriös. In der Prüfung befinden sich nur Flächen, die bereits bebaut oder versiegelt sind. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das auch zukünftig so bleibt.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Der Standort der Feuerwache Süd ist im Zusammenhang mit einem Darmstadt-weiten Planung von Feuerwehr-Standorten zu bewerten.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Das ist ein schwieriges Thema, da es aufgrund der Alarmierungszeiten und der Abdeckung, aber auch wg. der erforderlichen Fläche wenig bereits versiegelte Flächen gibt, die den Anforderungen entsprechen. Die Koalition hat es versäumt, hier rechtzeitig geeignete Flächen zu erwerben, wie z.B. das Grundstück auf dem ehemaligen TÜV Gelände, auf dem jetzt Wohnbebauung entstanden ist oder den Standort Eschollbrücker Str., ehemals Real. Meines Erachtens ist die Idee, im Bereich Rüdesheimer, Karlsruher, Donnersberggring zu bauen nicht die schlechteste, allerdings befinden sich dort die Kleingärten. Vorrangig wäre für mich deshalb zu prüfen, ob man am Ende der Kleyerstraße neben der Post die Freifläche zum einen erwerben könnte und ob man von dieser Position aus die Alarmierungszeiten einhalten könnte.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Wird derzeit geprüft, es gibt einige alternativen, Gesetzliche Vorgaben sind hier zwingend einzuhalten, Grün oder Waldflächen stehen nicht zur Disposition.

Frage 8:

Wie ist Ihrer Meinung nach die Grenze des Wachstums in Darmstadt umzusetzen?

SPD:

CDU: Darmstadt ist auf weiteres Wachstum angewiesen. Der Zustrom von Menschen kann nicht ignoriert werden. Dennoch muss zukünftiges Wachstum nachhaltig und vor allem ökologisch verträglich erfolgen. Hierzu sind zum einen vorhandene technische Möglichkeiten zu nutzen (z.B. örtliche Versickerung, hochwertig angelegte Grünflächen, CO2-neutrales Heizen, usw.). Zum anderen muss die Entwicklung im Inneren Vorrang vor einer Außenentwicklung durch Erschließung neuer Flächen haben. Hier haben wir immer wieder Möglichkeiten durch Überplanung vorhandener Flächen, auf denen sich Veränderungen ergeben.

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Darmstadt ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich und schneller als die Planungen für Neubauten gewachsen. Das ist zunächst positiv, spricht es doch für die Attraktivität der Stadt als Arbeits-, Lern-, Wohn- und Investitionsstandort. Die faktischen Grenzen des baulichen Wachstums sind mittlerweile jedoch absehbar. Das Kuhnwaldt-Gelände gehört zu den letzten erschließbaren Flächen. Nachverdichtung ist ebenfalls endlich und geht auf Kosten von Lebens- und Wohnqualität bestehender Wohngebiete. Bestehende Gewerbeflächen bieten noch Potential, effizienter genutzt zu werden. Eine Gesamtperspektive für Darmstadts Zukunft ist daher nur gemeinsam mit der Einbindung der Umlandkommunen möglich. Dies gilt für die Mobilität genauso wie für das Wohnangebot.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Die zur Verfügung stehenden Konversionsflächen, wie das Ludwigshöhviertel und auch die Starkenburg Kaserne sind als neue Wohnquartiere zu entwickeln. Auch evtl. freiwerdende Flächen können für Wohnquartiere genutzt werden. Es sollte aber keine weiteren Flächenversiegelungen mehr geben. Meiner Meinung nach geht es in den nächsten Jahren um den Erhalt der bestehenden Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensqualität insgesamt, indem z.B. mal wieder ein Park angelegt wird, mehr Spielplätze, frei zugängliche Sportplätze. Wir haben überall Zielkonflikte in Darmstadt, weil die Fläche, die zur Verfügung steht, zu knapp ist, um allen Bedarfen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Wachstum ist endlich, auch in Darmstadt, hier stehen noch einige Wohnungsbauprojekte an, wie Messplatz, Marienplatz, Starkenburgkaserne, Klinikgelände Eberstadt und Luhö Viertel, das sind genügend Projekte die in den Nächsten 20-30 Jahren bis zur vollständigen Fertigstellung vergehen.

Die Zielsetzung muss sein keine weiteren Genehmigungen an Investoren, alle Bauprojekte sollte in Städtischer Hand bleiben. Keine Industrie in Arheilgen, Wixhausen.

Die Lebensqualität muss Vorrang haben, die Aktuellen Umweltprobleme wie schon geschildert haben vor Wachstum Vorrang. Die genannten Projekte sind Herausforderung und ausreichend Wachstum, zumal die Flächen, die bebaut werden können dem Ende zugehen.

Überprüfen sollte man die Nutzung des Telekom Viertels, hier stehen Räume leer, weiterer Leerstand ist zu Prüfen. Die Anzahl der Zuzüge geht zurück/stagniert, die Anzahl der Studenten ist zu begrenzen/verringern. Die Übereignung zu vieler Gebäude an die TU ist zu prüfen.

Die Konversionsflächen nahe Griesheim sind in den Fokus zu nehmen, die Verwertbarkeit oder der Verkauf an Griesheim ist zu prüfen.

Frage 9:

Welche weiteren Pläne außer weiteren Wohnungsbau haben Sie zur Eindämmung der Mietpreisexplosion?

SPD:

CDU: Keine. Mietpreise lassen sich nur durch Wohnungsbau eindämmen. Alles andere ist unseriös

Grüne: Antwort verweigert!

FDP: Wir Liberale lehnen Mietpreissperren oder Enteignungen, wie in Berlin gefordert, ab. Darmstadt hat mit der Quotierung des geförderten Wohnungsbaus (20% bzw. 25% geförderter Wohnungsbau) ein starkes Instrument an der Hand. Dies befürworte ich – abgesehen vom Gelände ehem. Klinikgelände, da Eberstadt Süd diese Quote schon mehr als übererfüllt. Die diesbezügliche Zusage des OB Jochen Partsch bekräftige ich. Entscheidend wird sein, wie die Umlandkommunen als Wohnfläche durch bessere verkehrliche Anbindung und gute Wohnangebote den Darmstädter Wohnungsmarkt entlasten werden können. Hierzu bedarf es eines gemeinsamen interregionalen Ansatzes und ein Ende der Darmstädter Insellösungen der Vergangenheit.

Volt:

Linke:

Uffbasse: Ich glaube nicht daran, dass weiterer Wohnungsbau die Mietpreise eindämmt. Dies würde nur geschehen, wenn man so viel bauen würde, dass der Markt übersättigt wäre, so dass das Angebot die Nachfrage übersteigt. Wo soll die Fläche dafür herkommen? Auch andere Aufstockungs- und Nachverdichtungsmöglichkeiten sind zu begrenzt, um die Bedarfe zu sättigen. Die einzigen Maßnahmen, die uns kommunal zur Verfügung stehen, sind: konsequente Nutzung der Satzung für bezahlbaren Wohnraum, Mietpreisbremse, genossenschaftlichen Wohnungsbau, Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts und Milieuschutzsatzungen in besonders von Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen. Insgesamt benötigt es die Hilfe des Bundes, um das Thema bezahlbaren Wohnraum in den Griff zu bekommen. Wohnen darf nicht länger Investitions- und Spekulationsobjekt sein, es ist ein Grundrecht und ein Grundbedürfnis von Menschen.

Die Partei:

WGD:

FREIE WÄHLER: Die genannten Projekte sind unter den Gesichtspunkten der Förderung zu prüfen, Mietpreisbremse, Mietspiegel sind zu erstellen/anzuwenden. Staatliche Förderungen, durch Mehrbau an Wohnungen wird das Problem nicht gelöst werden können. Vorkaufsrecht der Stadt anwenden, Bauverein auf Wirtschaftlichkeit überprüfen.

Bitte schicken Sie uns Ihre Antworten bis zum 21.02.2023 zurück an:

IBKDarmstadt@web.de

Vielen Dank und viel Erfolg bei der Oberbürgermeisterwahl.

Frank Schindler

Vorsitzender BBD

Darmstadt, der 04.02.23